

„The Washington Post“ 2025 08 02 / <https://www.washingtonpost.com/national-security/2025/02/08/trump-administration-job-candidates-loyalty-screening/>
(automatische Übersetzung durch Google)

„Es ist normal, dass eine neue Regierung potenzielle politische Kandidaten nach ihren politischen Ansichten befragt, um sicherzustellen, dass sie mit der neuen Regierung übereinstimmen“, sagte John Bellinger III, der in der Regierung von George W. Bush als leitender Berater für den Nationalen Sicherheitsrat des Weißen Hauses fungierte. „Und es ist angemessen, dass eine neue Regierung Berufsbeamte fragt, ob sie mit der Umsetzung der Richtlinien der neuen Regierung zufrieden sind. Es ist jedoch nicht angebracht, Arbeitsplätze, insbesondere im Geheimdienst- und Strafverfolgungsbereich, von parteipolitischen Standpunkten abhängig zu machen. Wir wollen, dass Berufsbeamte die Geheimdienste auf neutrale Weise interpretieren und die Gesetze durchsetzen, ohne jegliche parteiische Bevorzugung.“

Unabhängig davon seien mindestens zwei Personen in FBI-Außenstellen außerhalb Washingtons, die für Führungspositionen befragt wurden, ähnliche Fragen gestellt worden, sagte ein mit den Vorfällen vertrauter US-Beamter. Zu den Fragen gehörten: Wer waren die „wahren Patrioten“ am 6. Januar? Wer hat die Wahl 2020 gewonnen? Wer ist Ihr „wahrer Chef“?

Nach Angaben des Beamten haben diese Agenten das Ergebnis ihrer Befragungen noch nicht gehört.

Senator Dick Durbin (D-Illinois) sagte letzte Woche in einem Brief an den amtierenden FBI-Direktor Brian Driscoll, er habe „glaubwürdige Informationen“ erhalten, dass „ein Loyalitätstest im Einstellungsprozess für Führungskräfte durchgeführt wird, wobei Kandidaten nach den Wahlen 2020 und dem 6. Januar 2021 befragt werden.“

In einer Erklärung gegenüber der Washington Post sagte die stellvertretende Pressesprecherin des Weißen Hauses, Anna Kelly: „Es ist völlig angemessen, dass Kandidaten für nationale Sicherheitspositionen in der Trump-Regierung sich der Agenda von Präsident Trump anschließen, Amerika an die erste Stelle zu setzen.“

Trump hat wiederholt fälschlicherweise behauptet, er habe die Wahl 2020 gewonnen und behauptet, dass Tausende seiner Anhänger, die am 6. Januar 2021 das US-Kapitol angriffen, Patrioten seien. Einige rechte Stimmen behaupten, der Aufstand sei ein vom FBI organisierter „Insider-Job“ gewesen.

Wenn man den jüngsten Kommentar liest, könnte man meinen, die Demokratische Partei gehe bereits den Weg der Whigs*. Autoren wetteifern darum, die alarmierendsten Worte zu finden, um die missliche Lage der Partei zu beschreiben – „führerlos, steuerlos und gespalten“ und natürlich „Krise“.

Informieren Sie sich über die neuesten Nachrichten und Debatten mit unserem täglichen Newsletter

„The Washington Post“ – 2025 09 02 / <https://www.washingtonpost.com/opinions/2025/02/09/trump-musk-crisis-democrats-democracy/>
(automatische Übersetzung durch Google)

Unterdessen baut Präsident Donald Trump in rasender Geschwindigkeit die verfassungsmäßige Ordnung des Landes ab.

Von seinem verpatzten Ausgabenstopp bis hin zu illegalen Entlassungen von Generalinspektoren, Anwälten des Justizministeriums, FBI-Agenten und Beauftragten des National Labour Relations Board und der Equal Employment Opportunity Commission – dies ist eine sehr unvollständige Liste – beansprucht Trump die Macht, die kein Präsident tatsächlich hat, und sät Chaos in der Regierung, die er zu führen vorgibt. Elon Musk behandelt unseren öffentlichen Sektor wie ein bloßes Rädchen in seinem Geschäftsimperium, schaltet Programme auf Null und greift auf Finanzinformationen über jeden Amerikaner zu, ohne dass die Verfassung, der Kongress, das Gesetz oder die Wähler dazu autorisiert sind.

So desorientiert die Demokraten auch sein mögen, sie müssen verstehen, dass Trump ihnen eine Mission gegeben hat. Sie müssen es akzeptieren – alles.

Das bedeutet, dass vieles von dem, was einst als Strategie galt, heute nutzlos ist. Die Demokraten können nicht so tun, als sei ein „Business-as-usual“-Verhalten zum jetzigen Zeitpunkt angemessen. Sie können ihre Schlachten nicht „aussuchen“, denn es geht nicht nur um diese oder jene Politik, sondern darum, ob wir als freie Republik bestehen bleiben, in der die Präsidenten anerkennen, dass sie keine Monarchen sind. Es ist absurd, von Trump zu sagen: „Wir werden mit ihm zusammenarbeiten, wo wir können“, wenn das Projekt, an dem sie „mit ihm zusammenarbeiten“, darin besteht, die Rechtsstaatlichkeit zu zerstören und es Regierungsangestellten unmöglich zu machen, die Aufgaben zu erfüllen, die die Amerikaner von ihnen erwarten.

Demokraten, die die Nation – und ihre Partei – retten wollen, müssen ihre Malaise beenden, ihre Anhänger mobilisieren und für etwas kämpfen, das zählt. Wenn unsere verfassungsmäßige Demokratie keine Rolle spielt, weiß ich nicht, was sie bedeutet.

Keine Partei gedeiht, wenn sie schwach aussieht, und nichts wäre sinnloser, als auf einen politisch günstigeren Zeitpunkt zu warten, um sich mit Gegnern zu messen, die mit Warpgeschwindigkeit Institutionen und Rechte zerstören. Die Geschichte lehrt, dass politische Bewegungen oft erst dann herausfinden, wofür sie sind, wenn sie sich darüber im Klaren sind, wogegen sie sind. Franklin D. Roosevelt baute die New-Deal-Koalition auf, indem er sich gegen die konzentrierte Wirtschaftsmacht wandte und die menschlichen Kosten einer Form des Kapitalismus mit schwachen Leitplanken und einem dürftigen Sicherheitsnetz hervorhob. Ronald Reagan hat die New-Deal-Koalition mit seinen drei Anti-Gegnern – Anti-Regierung, Anti-Steuer und Anti-Kommunismus – aufgelöst. In beiden Fällen schuf die Macht des negativen Denkens Wege zu weitreichenden positiven Absichten.

Kam die Behauptung der Demokraten, sie würden für die Demokratie im Jahr 2024 kämpfen, vor dem 20. Januar vielen Wählern zu abstrakt vor, so ist sie jetzt erschreckend konkret. Trump legt den Grundstein für ein autoritäreres Regierungssystem, indem er das Rechtssystem untergräbt, die klare Sprache der Verfassung ignoriert und gegen Gesetze verstößt. Wenn Sie unser Land schwächer und weniger sicher machen wollten, würden Sie schnell das FBI, die CIA und das Verteidigungsministerium untergraben – was Trump mit seinen Ernennungen und gezielten Entlassungen tut.

Trumps Ausgabenstopp war eine Erinnerung daran, dass die Regierung zwar alles andere als perfekt ist, die Amerikaner aber immer noch viel von dem schätzen, was sie tut. Wie der republikanische Senator (und künftige Verteidigungsminister) Bill Cohen vor vielen Jahren sagte: „Die Regierung ist der Feind, bis man einen Freund braucht.“ Als klar wurde, dass Kinderbetreuungscentren, Essen auf Rädern, Wohn- und Gesundheitsprogramme und unzählige andere Dienste bedroht waren, war Trump gezwungen, zumindest vorübergehend von der unpassend formulierten Anordnung abzuweichen. Der Abgeordnete Jim Himes (D-Connecticut) erklärte gegenüber Lawrence O’Donnell von MSNBC, dass die Folge das Trump-Regime auf den Punkt brachte – „eine perfekte

Mischung aus Brutalität und Inkompetenz“. Demokraten aufgepasst: Man kann tatsächlich gewinnen, wenn man tatsächlich kämpft.

Die Bemühungen von Trump und Musk, die staatliche Regulierung abzubauen, dürften ein Argument befeuern, mit dem die Demokraten bislang zurückhaltend waren. Die Musks dieser Welt wollen, dass Sie glauben, dass „Regulierung“ ein schreckliches Wort ist, das Bürokratie, Bürokratie und Ineffizienz bedeutet. Aber Vorschriften sind Regeln zum Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Wertgegenständen (saubere Luft und Wasser, Bankeinlagen, Lebensmittelsicherheit) auf eine Weise, die der Markt allein nicht kann. Während Trump und Musk die Vorschriften aufheben, würde eine kluge Opposition zeigen, wie ihr Deregulierungseifer den Unternehmensinteressen auf Kosten der Bürger dient.

Zum Beispiel: Trump entließ Rohit Chopra, Direktor des Consumer Financial Protection Bureau, einer Behörde, die im Zuge der Großen Rezession gegründet wurde, um Amerikaner vor Finanzbetrug und zwielichtigen Praktiken zu schützen. Bevor Chopra aus dem Amt gedrängt wurde, hinterließen er und seine Kollegen eine Reihe neuer Regeln – Obergrenze für Überziehungsgebühren, mehr Zugang der Verbraucher zu ihren Finanzdaten, Ausschluss medizinischer Schulden aus Kreditauskünften –, die die meisten Amerikaner begrüßen würden, wenn sie jemals davon gehört hätten.

Aber Trump und Musk wollen die finanziellen Rechte der Verbraucher aushöhlen. Am späten Freitag signalisierte Musk mit einem Beitrag auf X – „CFBP RIP“ – das Ende der Agentur, auf deren Schließung er keinen Rechtsanspruch hat. Stunden später übertrug Trump Russell Vought, dem Direktor des Office of Management and Budget und Svengali des Projekts 2025, die Leitung der Agentur, ein sicheres Zeichen dafür, dass er ihre Auflösung wünscht. Am Samstagmorgen existierte die Homepage der CFBP nicht mehr. Der öffentliche Aufschrei sollte laut und anhaltend sein. Und Trumps Entlassungen haben das National Labour Relations Board außer Gefecht gesetzt, indem ihm die Beschlussfähigkeit entzogen wurde. Es hat jetzt keine Möglichkeit mehr, das Arbeitsrecht durchzusetzen und die Arbeitnehmerrechte zu schützen. Das ist seine Belohnung für die vielen Wähler aus der Arbeiterklasse, die bei seiner Wahl geholfen haben.

Demokraten haben die schlechte Angewohnheit, sich von heiklen Themen zurückzuziehen, indem sie sagen: „Oh, die Wähler kümmern sich nicht wirklich um dieses Thema.“ Was die Republikaner verstehen, ist, dass Wähler ein Thema oft nur dann bemerken, wenn eine Partei hartnäckig genug ist, es in die öffentliche Diskussion einzubeziehen. Die Transdebatte und die Probleme von Hunter Biden standen kaum im Vordergrund Denken Sie für die meisten Wähler. Die Republikaner haben hart daran gearbeitet, sie dorthin zu bringen.

Eine große Zahl von Bürgern wird erst dann bemerken, wie radikal Trumps Pläne wirklich sind, wenn die Demokraten dramatische Wege finden, ihnen die Stirn zu bieten – und sie mit Themen zu verknüpfen, die den Wählern am Herzen liegen. Die Senatoren Brian Schatz (D-Hawaii) und Chris Van Hollen (D-Maryland) lieferten ein nützliches Beispiel für öffentlichen Widerstand, als sie ankündigten, alle Kandidaten für das Außenministerium von Trump pauschal zurückzuhalten, bis die Regierung die Schließung der US-amerikanischen Agentur für internationale Entwicklung durch Elon Musk rückgängig macht. Im Repräsentantenhaus geben die Spaltungen der GOP und die schwache Mehrheit den Demokraten die Möglichkeit, hart vorzugehen, insbesondere bei Haushaltsentwürfen. Wie auch immer, welchen Sinn hat es, wenn der Kongress einen Ausgabenplan vorlegt, wenn Trump und Musk ihn einfach ignorieren? Natürlich sollten sich auch die Republikaner, die den Kongress kontrollieren, über den Eingriff von Trump und Musk in ihre Autorität aufregen. Aber da sie sich einer Kapitulation vor der Exekutive anschließen, haben die Demokraten keine andere Wahl, als es den trumpistischen Republikanern so schwer wie möglich zu machen.

Die Amerikaner denken vielleicht nicht viel über die Befugnisse des Kongresses nach Artikel I, über Regierungsangestellte oder Entwicklungshilfe nach, aber sie machen sich Sorgen um ihre Privatsphäre (was machen Musk und seine Tech-Brüder mit all den Informationen, die sie sammeln?), Korruption (das Gleiche gilt) und darum, was diese Kürzungen für ihre Gesundheitsversorgung, die Bildung ihrer Kinder und die Sicherheit des Landes bedeuten könnten. USAID ist vielleicht nicht auf dem Radar vieler Menschen, aber wie Senator Chris Murphy (D-Connecticut) betonte, stellt seine Hilfe „China auf der ganzen Welt in Konkurrenz, wenn China versucht, Einfluss in Afrika und Südamerika zu gewinnen“ – und untergräbt damit „die Fähigkeit Chinas, die Regeln der Weltwirtschaft zu beherrschen“. Trump und Musk sollten unter Druck gesetzt werden, warum sie sich dafür entscheiden, Chinas kommunistische Regierung glücklich zu machen.

Natürlich müssen sich die Demokraten ihren eigenen Problemen stellen. Sie haben eine lausige „Marke“, verlieren in besorgniserregendem Maße Stimmen aus der Arbeiterklasse und müssen einen einheitlicheren Weg finden, über kulturelle Themen zu sprechen. Im Jahr 2024 gelang es ihnen nicht, sich mit Preisen und Einwanderung auseinanderzusetzen.

Aber die beste unmittelbare Antwort auf diese Herausforderungen und der beste Weg, die breite Mitte zu besetzen, besteht darin, Trumps Radikalität und seinen mangelnden Fokus auf das, was den Wechselwählern wichtig ist, anzuprangern.

Trumps offensichtliche Gleichgültigkeit gegenüber steigenden Kosten sollte, wie der Parteistrategie James Carville argumentiert hat, im Mittelpunkt der Bemühungen der Demokraten um Rechenschaftspflicht stehen. Schließlich versprach Trump, „Ihre Preise drastisch zu senken“ und „den Preis für alles“ zu senken. Aber seine Prioritäten – Rache, politische Kontrolle der Rechtspflege, Einschüchterung von Beamten und, was das betrifft, die Übernahme von Grönland und Gaza – haben nichts mit der Senkung der Verbraucherpreise für Lebensmittel, Benzin oder Wohnen zu tun. Seine Zölle werden die Inflation nur steigen lassen.

Trump mag davon profitiert haben, Kamala Harris wegen ihrer Ansichten zu Transgender-Themen anzugreifen, aber die Beschäftigung mit der „Gender-Ideologie“ in Präsidialverordnungen, die sich oft wie Wahlkampfpropaganda lesen, lässt auf eine Obsession schließen, die die meisten Wähler nicht teilen. Er lässt den Progressiven viel Spielraum für eine Kulturpolitik des Leben-und-Lebenlassens. Das Gleiche gilt für die Fixierung auf Diversitäts-, Gleichberechtigungs- und Inklusionsprogramme, die die Grenze zur Ablehnung aller Bemühungen (z. B. Initiativen zur Umweltgerechtigkeit) zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung überschreitet.

Wenn man sich an der Vergangenheit orientieren kann, wird Trump den Wunsch der Öffentlichkeit, Einwanderer festzunehmen und auszuweisen, bei weitem übertreffen. Ja, die Amerikaner wollen die Südgrenze kontrollieren. Aber sie wollen Ordnung und Menschlichkeit, nicht Chaos und Grausamkeit. Sie befürworten weder offene Grenzen noch einen vollständigen Stopp der Einwanderung, von der die meisten Amerikaner wissen, dass wir sie brauchen. Trumps Anhängerschaft mag seinen gefühllosen Umgang mit Migranten lieben. Die Wähler, die über die kommenden Wahlen entscheiden werden, bevorzugen vernünftige und anständige Lösungen. Die Demokraten sollten die kommenden Jahre nutzen, um sie anzubieten.

Ein aufmerksamer Leser könnte sagen, dass vieles von dem, was hier vorgeschlagen wird, sehr nach „dem Widerstand“ gegen die erste Trump-Präsidentschaft klingt. Genau das ist jetzt nötig – sogar mehr als beim letzten Mal.

Sicher, der Begriff war ein wenig kostbar, aber was vergessen wird ist, dass der erste Widerstand wirksam war. Es trug dazu bei, den Affordable Care Act zu retten, die republikanische Kontrolle über das Repräsentantenhaus zu beenden, sieben Gouverneursämter zu tauschen und Hunderte in Parlamente und örtliche Ämter zu wählen. Legionen kluger Anwälte haben viele von Trumps Missbräuchen abgewehrt – und dieses Mal stand die Anwaltschaft an der Spitze der ersten Siege gegen seine Manöver, einschließlich der Entscheidung vom Samstag, die den Zugriff der Musk-Gruppe auf Daten des Finanzministeriums einschränkte.

Theda Skocpol, eine Harvard-Politikwissenschaftlerin, die die Anti-Trump-Bewegung untersuchte, stellte kürzlich in der New Republic fest, dass beim letzten Mal die „anhaltenden, gemeinschaftsbasierten Bemühungen von 2.000 bis 3.000 Basis-Widerstandsgruppen in jeder Stadt und jedem Vorort in praktisch allen Kongressbezirken“ funktionierten. Die Ereignisse der letzten drei Wochen rufen die Amerikaner erneut dazu auf, sich in Restaurants, Kirchen, Bibliotheken, Gewerkschaftshallen und Tavernen zu organisieren, Druck auf ihre gewählten Amtsträger auszuüben (insbesondere die 15 Republikaner im Repräsentantenhaus, die letztes Jahr mit fünf Prozentpunkten oder weniger gewonnen haben) und sich an ihre Freunde und Nachbarn zu wenden, um sie davor zu warnen, was Trump ihrer Demokratie antut.

„Beweg dich schnell und mach Dinge kaputt“ ist der Tech-Slogan, der Trump und Musk inspiriert, was er unserer Regierung und unseren verfassungsrechtlichen Regelungen antut. Wer seine Abrissbirne stoppen will, muss mit der gleichen Dringlichkeit handeln.

* Die Whigs waren von den 1680er bis in die 1850er Jahre eine der beiden Parteien des britischen Parlamentarismus. Ihre Gegner waren die konservativen Tories. 1859 schlossen sich die Whigs mit gemäßigten Tories zur Liberal Party zusammen.

Ist Donald Trump der erste Präsident, der in Handschellen aus dem Amt genommen werden muss?